Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 28 (1936)

Heft: 5

Artikel: Belgien arbeitet sich aus der Krise heraus

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352812

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz spielt im Import und Export der Donauländer ebenfalls eine bedeutende Rolle. In Prozenten der gesamten Ein- und Ausfuhr dieser Länder ausgedrückt, betrug 1933 der Aussenhandel nach der Schweiz:

	Einfuhr	Ausfuhr
	in Prozent	
Oesterreich	3,4	8,2
Ungarn	1,8	5,2
Tschechoslowakei	2,8	4,5
Jugoslawien	2,5	3,3
Rumänien	2,9	0,6
Bulgarien	6,9	5,2

So ist denn die wirtschaftliche Verflechtung des Donaugebietes mit der Schweiz ziemlich eng. Der Ausbau der europäischen Zusammenarbeit könnte auch für die Schweiz fördernd wirken; denn eine sinnvolle Arbeitsteilung, die ihre Exportinteressen berücksichtigt, wird für sie von Vorteil sein.

Belgien arbeitet sich aus der Krise heraus.

Von Max Weber.

Bis vor einem Jahr war Belgien ein Leidensgefährte von Holland, Frankreich und der Schweiz, das heisst es litt wie diese Länder unter der Deflation. Da es sich nicht auf eine so starke Landwirtschaft stützen kann wie Frankreich und da es nicht über so grossen Reichtum verfügt wie Holland und die Schweiz, waren seine Reserven früher erschöpft als diejenigen dieser andern Länder, und der Zeitpunkt, da es einfach nicht mehr weiter ging auf dem bisherigen Weg, wurde früher erreicht.

Im März 1935 ist die Deflation durch Kurssenkung des belgischen Frankens zum Stillstand gebracht worden. Gleichzeitig hatte Belgien das Glück, eine Regierung zu bekommen, die mit einem klaren, positiven Programm der Krise auf den Leib rückte und die ihr Programm nicht auf dem Papier stehen liess, sondern auch durchführte. Die Erfolge dieser Umstellung im Kurs der Wirtschaftspolitik sind ganz aussergewöhnlich. In keinem andern Lande konnte man in derart kurzer Zeit eine so durchgreifende Wandlung beobachten. Es ist für uns Schweizer, die wir die « Segnungen » der Deflation weiter verspüren müssen, höchst interessant und lehrreich, das belgische Beispiel zu verfolgen, weshalb wir hier etwas näher darauf eintreten möchten.

Die folgenden Darlegungen stützen sich zumeist auf amtliche statistische Angaben, wozu freilich zu bemerken ist, dass die belgische Statistik noch erhebliche Lücken aufweist und teilweise mit grosser Verspätung erscheint. Besonders aufschlussreich ist

ferner der Bericht, in dem die Regierung van Zeeland am 4. April, fast genau ein Jahr nach ihrem Amtsantritt, über die von ihr getroffenen Massnahmen und deren Ergebnisse Auskunft gibt. Diese offiziellen Angaben wurden überprüft und ergänzt durch persönliche Befragung von Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben verschiedener Richtung.

Belgien und die Schweiz.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Belgien sind in verschiedener Hinsicht denen in der Schweiz sehr ähnlich. Es lassen sich daher auch sehr wohl Vergleiche anstellen zwischen den beiden Ländern.

Belgien hat eine Bodenfläche von rund 30,000 km², etwa drei Viertel des Flächeninhalts der Schweiz. Die Einwohnerzahl beträgt aber 8,2 Millionen, also das Doppelte der schweizerischen. Die Dichte der Bevölkerung ist somit in Belgien wesentlich grösser als bei uns; es trifft dort 270 Einwohner auf den Quadratkilometer, in der Schweiz nur 100. Wenn auch das belgische Flachland fruchtbarer ist und weniger unproduktive Fläche aufweist als das schweizerische Mittel- und Hochland, so kann doch nur ein kleiner Teil der 8 Millionen Einwohner sich aus der Landwirtschaft ernähren. Diese Vermutung wird vollauf bestätigt durch die Berufsstatistik. Die Erwerbstätigen sind in den beiden Ländern folgendermassen gegliedert:

	Erwerbstätige in % Belgien (1920)	Schweiz (1930)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	19,3	22,1
Industrie und Bergbau	48,9	45,6
Handel und Verkehr	18,3	14,5
Gastgewerbe	—	5,0
Oeffentliche Dienste und freie Berufe	6,9	5,4
Armee, Marine	2,1	—
Häusliche u. persönliche Dienste (Schweiz mit Taglöhner)	4,5	7,4

Industrie sowie Handel und Verkehr ernähren in Belgien einen grössern Teil der Bevölkerung als bei uns (rechnet man bei der Schweiz das Gastgewerbe zum Handel, so gleicht sich die Differenz allerdings aus). Die Landwirtschaft spielt dagegen eine noch kleinere Rolle als in der Schweiz. Diese berufliche Schichtung lässt darauf schliessen, dass die Verbundenheit mit der Weltwirtschaft sehr stark ist. Wenn wir den Aussenhandel der beiden Länder im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betrachten, so erhalten wir folgendes Bild:

Aussenhandel pro Kopf der Bevölkerung in Schweizer Franken:

	1929 Einfuhr	1929 Ausfuhr	1935 Einfuhr	1935 Ausfuhr
Schweiz	679	522	310	198
Belgien	586	524	113	105

Vor der Krise war die Ausfuhr pro Kopf in Belgien auf gleicher Höhe wie in der Schweiz, während die Einfuhr der Schweiz etwas höher war, was wohl eine Folge der bedeutenderen ausländischen Kapitalerträgnisse unseres Landes ist. Im Jahre 1935 steht Belgien anscheinend schlechter da, da es pro Kopf wesentlich niedrigere Ein- und Ausfuhrzahlen aufweist als die Schweiz. Hält man aber diese Zahlen der inländischen Kaufkraft gegenüber, so dürfte sich der Unterschied ziemlich ausgleichen; denn die innere Kaufkraft des belgischen Geldes ist annähernd doppelt so gross wie diejenige des Schweizer Frankens. Der Exporterlös Belgiens hat daher ungefähr denselben Realwert auf einen Einwohner berechnet wie unsere fast doppelt so hohe Exportzahl. Ausserdem ist Belgien ein sehr wichtiges Durchfuhrland. Seine verkehrspolitische Bedeutung ist zweifellos grösser als die unseres Landes. Anderseits hat die Schweiz eine engere Kapitalverflechtung mit dem Ausland, und auch ihr Fremdenverkehr spielt eine grössere Rolle als in Belgien.

Im grossen und ganzen darf man wohl sagen, dass die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft für Belgien ungefähr ebenso stark ist wie für die Schweiz und dass auch der innere Markt etwa gleich stark ins Gewicht fällt.

Belgien unter der Deflation.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 hat Belgien schwer getroffen, gerade weil seine Wirtschaft im Aussenhandel und Verkehr so stark international verbunden ist. Genau wie bei uns gingen die Unternehmer und die unter dem Einfluss des Grosskapitals stehende Regierung nach dem Rezept der « Anpassung » vor. Sie forderten den Preisabbau und senkten die Löhne mit dem Hinweis, das sei notwendig, um den Anschluss an den Weltmarkt wieder zu erreichen. Von 1929 bis 1934 sanken die Preise im Grosshandel im Jahresdurchschnitt um 45 Prozent, im Kleinhandel um etwa 20 Prozent. Die Löhne wurden sukzessive um 15 bis 25 Prozent abgebaut, zum Teil auch noch mehr.

Die Folgen der Deflation zeigten sich auch in Belgien in krasser Weise. Einige Zahlen mögen das illustrieren:

	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Index der industriellen Produktion	100	84	76	63	67	66
Index des Personenverkehrs . .	100	99	91	78	76	73
Index des Güterverkehrs . . .	100	85	72	54	53	54
Zahl der Arbeitslosen in 1000 . .	8	23	79	161	167	182

Sinkende Produktion, steigende Arbeitslosigkeit und Schrumpfung des Handels und des Verkehrs erschütterten die Wirtschaft immer mehr und verarmten das Volk. Die jahrelange Deflation löste auch eine Bankenkrise aus, was zu Thesaurierung und dadurch zu Kapitalknappheit führte. Die Staatsfinanzen wurden ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen, und die Defizite gaben wiederum Anlass zu weitern Deflationsmassnahmen. Doch alle

Abbaumassnahmen vermochten den Aussenhandel und Durchgangsverkehr nicht zu beleben. 1934 wurden die niedrigsten Ausfuhrzahlen notiert, und dementsprechend musste auch die Einfuhr gedrosselt werden.

Trotz dieser bedenklichen Folgen führten die Kabinette, die sich in rascher Folge ablösten (an denen jedoch die Sozialisten seit 1927 nie beteiligt waren), die Deflationspolitik heroisch weiter; ja sie erhoben sie sogar zum Hauptpunkt ihres Programms. Die letzte Deflationsregierung unter dem Präsidium von M. Theunis, die im November 1934 ans Ruder kam, erblickte ihr Hauptziel im Festhalten am Goldkurs des Frankens und wollte dieses Ziel durch weiteren Preis- und Lohnabbau erreichen. Die Deflation hatte aber bereits die Kreditverhältnisse derart beeinträchtigt, dass das Wirtschaftsleben immer mehr ins Stocken geriet und die Opposition gegen diese Politik in allen Lagern rasch zunahm. Im März wurde der Höhepunkt der Krise erreicht. Das Misstrauen war derart gestiegen, dass der belgische Franc im Ausland bereits unter dem Goldkurs notierte. Eine Reise der Regierung nach Paris, um Hilfe in Form von Exporterleichterungen zu suchen, blieb erfolglos. Inzwischen hatte die notwendig gewordene Devisenkontrolle die Währung praktisch entwertet. Als die Regierung Theunis zurücktrat, war der belgische Franken schon gefallen, und die neue Regierung konnte das nur noch feststellen und durch das Parlament gesetzlich anerkennen lassen.

Es muss festgehalten werden: Die belgische Währung ist nicht bewusst durch eine abwertungsfreundliche Regierung im Kurs gesenkt worden. Es waren auch nicht währungspolitische Gründe, das heisst eine zu knappe Golddeckung, die den Sturz herbeiführten, sondern die Deflation hat durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise und den wachsenden psychischen Druck im Volke die Abwertung herbeigeführt.

Die Regierung der nationalen Einigung und ihr Programm.

Am 19. März trat das Kabinett Theunis zurück, und es bildete sich eine Regierung der nationalen Konzentration. Darin erhielten die drei Hauptparteien eine angemessene Vertretung: 5 Sozialisten, 5 Katholiken, 4 Liberale, dazu der Ministerpräsident van Zeeland, der keiner Partei angehört. Es gab in sozialistischen Kreisen Leute, die glaubten, es wäre besser, bis zu den Wahlen, die demnächst am 24. Mai stattfinden, in der Opposition zu bleiben, aber heute bereut wohl keiner, dass die Arbeiterpartei vor einem Jahr in die Regierung eingetreten ist, auch wenn die rein wahltaktische Lage deshalb etwas ungünstiger sein könnte.

Der Ministerpräsident Paul van Zeeland steht zwar der katholischen Bewegung nahe. Er gilt aber nicht als Parteivertreter, son-

dern wird in allen Kreisen als überparteilicher Staatsmann anerkannt. Van Zeeland war vorher Vizegouverneur der belgischen Nationalbank. Ausserdem ist er Professor an der katholischen Universität Löwen und Direktor des dortigen Instituts für Wirtschaftswissenschaften. Er gehört zu dem Kreis der Wirtschaftswissenschafter Dupriez, Janssen und Baudouin, alle in Löwen tätig, die eine fortschrittliche Richtung in der katholischen Bewegung verkörpern und die auch für konstruktive wirtschaftspolitische Pläne eintreten, die in gewisser Beziehung mit sozialistischen Ideen verwandt sind. Von diesem Kreis her kam auch die bürgerliche Opposition gegen den Deflationskurs und für die Devalvation Anfang 1935. Das Institut von Löwen und seine Professoren üben auch jetzt noch einen starken Einfluss aus auf die Regierung, und man bezeichnet diese Leute deshalb auch als den « Gehirntrust » des Kabinetts van Zeeland. Der Ministerpräsident selbst verfügt nicht nur über grosse Kenntnisse und einen weiten Horizont, sondern er ist auch von einer persönlichen Liebenswürdigkeit und Gradheit, die auch den Gegner für ihn einzunehmen vermag.

Wenige Tage, nachdem das Kabinett van Zeeland gebildet war, am 29. März 1935, legte es dem Parlament sein Regierungsprogramm vor. Darin finden sich folgende wirtschaftspolitische Hauptpunkte:

Stabilisierung des belgischen Frankens 25 bis 30 Prozent unter dem bisherigen Goldkurs.

Reorganisation des Bankensystems und Einführung einer Bankenkontrolle.

« Unsere ganze Politik — erklärte van Zeeland — wird auf wirtschaftlichen Aufbau gerichtet sein, die einzige wirkliche Methode, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen kann. »

Unterbindung des Preisabbaus, dafür eine mässige und langsame Erhöhung des Preisniveaus unter Verhinderung einer raschen Hausse.

Beeinflussung des Kapitalmarktes im Sinne einer Senkung des Zinsfusses.

Herabsetzung der Steuerlasten, namentlich der Steuern, die auf Industrie und Landwirtschaft drücken und die Produktionskosten erhöhen.

Herstellung des Budgetgleichgewichts, Konversion der Staatsanleihen unter wesentlicher Zinsreduktion, Aufstellung eines Programms der öffentlichen Arbeiten.

Aufhebung der Abbaumassnahmen auf Löhnen und sozialen Unterstützungen, die infolge des Preisabbaus erfolgten, in dem Umfang, wie es die Steigerung der Lebenskosten erfordert.

Alle diese Massnahmen sollen die Kaufkraft der Volksmassen erhöhen.

Die Erfüllung des Regierungsprogramms.

Die belgische Regierung macht es nicht wie unser Bundesrat, der das vor mehr als einem Jahr versprochene Wirtschaftsprogramm immer noch nicht herausgebracht hat und der die damals und dann wieder vor den Nationalratswahlen gemachten Versprechungen nicht gehalten, sondern ins Gegenteil verkehrt hat. Die Regierung van Zeeland hat am 4. April 1936 dem Parlament einen ausführlichen Bericht unterbreitet über die Durchführung der Regierungserklärung vom 29. März 1935. Diesem Bericht sind folgende Feststellungen zu entnehmen:

1. Der Kurs des belgischen Frankens wurde 28 Prozent unter dem bisherigen Goldkurs stabilisiert. Die Regierung fügt bei: « Der belgische Franken ist eine Währung geworden, von der man nicht mehr spricht, aber deren man sich überall bedient. »

2. Die Produktion ist bedeutend gestiegen. Der Index der industriellen Produktion stand im Januar und Februar 1936 auf 112 gegen 91 im Vorjahr. Die Zahl der Baubewilligungen hat in den Städten um etwa 29 Prozent zugenommen. Der Eisenbahnverkehr ist 14 Prozent höher als im Vorjahr. Die Umsatzsteuer bringt 30 Prozent mehr ein als vor einem Jahr.

3. Die Arbeitslosigkeit hat sich um 110,000 oder 40 Prozent vermindert. Man erklärt, dass die Zahl der nicht kontrollierten Arbeitslosen einen noch stärkeren Rückgang erfahren habe.

4. Die Arbeitsbeschaffung ist einem besondern Institut, dem Orec (Office de redressement économique) übertragen worden, das ein umfassendes Programm der öffentlichen Arbeiten und Unterstützung privater Arbeiten aufgestellt hat. Die Ausführung des Arbeitsbeschaffungsplanes hat jedoch im vergangenen Jahre erst zum kleinern Teil eingesetzt, während im Laufe von 1936 die Zahl der Arbeiter, die durch das Orec Beschäftigung erhalten, auf 85,000 ansteigen soll.

5. Die Preise sind im Grosshandel um etwa 20 Prozent gestiegen, im Kleinhandel etwa halb soviel. Der Index der Lebenshaltungskosten steht ungefähr 11 Prozent über dem Vorjahr. Durch die Preissteigerung ist das von der Regierung verfolgte Ziel erreicht worden, das Gleichgewicht zwischen Gross- und Kleinhandelspreisen, zwischen Industrie- und Agrarpreisen, zwischen Erträgnissen und Schuldverpflichtungen wieder einigermassen herzustellen.

6. Die Löhne sind ebenfalls erhöht worden. Das Staatspersonal erhielt einen Lohnausgleich von 10 Prozent. In der Privatindustrie sind die Löhne teilweise ebensoviel, teilweise weniger stark gestiegen, so dass ein Teil der Arbeiter momentan noch eine etwas verminderte Kaufkraft hat. Die Gewerkschaften sind jedoch bestrebt, den Ausgleich herbeizuführen, und sie haben bereits viele erfolgreiche Bewegungen zu verzeichnen.

7. Die Kaufkraft des ganzen Volkes ist bedeutend gestiegen, vor allem durch die starke Vermehrung der beschäftigten Arbeiter und auch durch die bessern Einkommensverhältnisse in Landwirtschaft und Gewerbe. Der Regierungsbericht schätzt die Kaufkraftsteigerung auf 10 Prozent.

8. Auf sozialpolitischem Gebiet hat die Regierung (Arbeitsminister ist Kollege Delattre, früherer Bergarbeitersekretär) für eine strengere Anwendung der 48-Stunden-Woche gesorgt. Für die Ausführung eines Teils der öffentlichen Aufträge kommt die 40-Stunden-Woche zur Anwendung. Ferner wurden die Unterstützungen für die Arbeitslosen etwas erhöht. Auch die Aufwendungen für die übrige Sozialversicherung erfuhren eine Erhöhung, die sich vorläufig allerdings noch in bescheidenen Grenzen hält.

9. Die Bankengesetzgebung ist nach Programm durchgeführt worden, und die Regierung konstatiert, dass seit einem Jahr keine einzige Bank mehr die Schalter schliessen musste und dass das Liquiditätsproblem der Banken als gelöst gelten kann.

10. Der Kapitalmarkt hat sich erholt, indem ein Teil, wenn auch noch lange nicht alles thesaurierte Kapital, wieder Anlage sucht und zur Verflüssigung und Erleichterung der Kreditverhältnisse beigetragen hat.

11. Der Zins ist infolgedessen gesunken. Für Wechselkredit stellt er sich seit Februar auf $1^3/_8$ Prozent, gegen $2^3/_8$ Prozent vor einem Jahr. Auch die Zinssätze für langfristige Industrie- und Hypothekarkredite sind gesunken.

12. Die Lage der Staatsfinanzen hat sich bedeutend gebessert. Trotz Erhöhung der Löhne und Unterstützungen und trotz einigen Steuererleichterungen konnte das für 1935 budgetierte Defizit von 860 Millionen vermieden werden. Eine grosse Einsparung brachte die Konversion der Staatsschulden von 6 und mehr Prozent auf 4 Prozent. Der Staat gibt jetzt jährlich mehr als eine halbe Milliarde belg. frcs. (50 Mill. Fr.) weniger aus für Zinsen.

Das alles betrachtet die Regierung erst als Beginn einer zielbewussten Bekämpfung der Krise. Sie sieht vor, wenn sie nach den Wahlen wieder eine zuverlässige Mehrheit erhält, in dieser Richtung weiterzuarbeiten und vor allem auch die erforderlichen Aenderungen im wirtschaftlichen Aufbau des Landes mit staatlicher Hilfe zu fördern. Doch schon die bisherigen Erfolge haben das Vertrauen gestärkt und die politische Opposition nahezu zum Verschwinden gebracht. Zwar fand das Kabinett van Zeeland eine geschlossene Unterstützung nur bei den Sozialisten, während ein reaktionärer Teil der katholischen und liberalen Parlamentsfraktionen in einzelnen Fragen zur Opposition stiess. Allein im gegenwärtigen Wahlkampf suchen alle Parteien, die in der Regierung vertreten sind, die Erfolge der Regierungspolitik für sich zu beanspruchen.

Die Beurteilung dieser Erfolge.

Die vollständige Umstellung der konjunkturellen Entwicklung in 12 Monaten ist so auffallend, ja grossartig, dass man versucht ist zu fragen: Sieht wirklich alles so rosig aus? Gibt es nicht auch Schattenseiten?

Gewiss werden nicht alle Massnahmen übereinstimmend gleich günstig beurteilt. So erfolgte die Konversion der Staatsschulden mit mehr oder weniger starkem Druck, was ihr etwas den Charakter einer Zwangsanleihe gab. Dass es trotzdem nicht nur ein gekünstelter Erfolg ist, dafür zeugen die Kurse der Staatspapiere, die heute höher notieren als vor der Konversion. Der Kapitalmarkt hat sich allerdings noch nicht völlig erholt. Es sind immer noch bedeutende Summen gehamstert. Ich habe Schätzungen gehört von 3 bis auf 12 Milliarden (also 300 bis 1200 Millionen Schweizer Franken), die nur sehr langsam wieder in die Wirtschaft zurückzubringen sind.

Die Aussenwirtschaft ist vom Aufstieg wesentlich weniger begünstigt worden. Das entspricht übrigens vollständig dem, was wir auch für die Schweiz für den Fall einer Beendigung der Deflationspolitik angenommen haben. Der Export hat zugenommen. In Goldwerten gerechnet ist zwar eher eine Senkung eingetreten; wenn man jedoch abstellt auf die innere Kaufkraft, so ist eine ansehnliche Erhöhung zu konstatieren. Auch der Durchgangsverkehr hat trotz Devalvation nicht besonders viel profitiert. Der Hafen von Antwerpen steht eben unter der scharfen Konkurrenz der deutschen Häfen, besonders Hamburgs, die durch alle möglichen Massnahmen der deutschen Regierung begünstigt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist immer noch sehr beträchtlich. Der starke Rückgang wird aber doch als grosse Erleichterung empfunden, die sich auch in der Stimmung des Volkes bemerkbar macht.

Die Hauptursache der Besserung.

Es wird niemand mit untrüglicher Sicherheit sagen können, was die Erholung der belgischen Wirtschaft hervorgerufen hat, oder vielmehr, mit wieviel Prozent die verschiedenen Faktoren daran beteiligt sind. Diese Wertung ist subjektiv. Es steht fest, dass die Senkung des Wechselkurses den entscheidenden Wendepunkt gebracht hat. Das wird ziemlich allgemein anerkannt. Nur einige ganz verbissene Gegner suchen ihre Ansicht noch zu rechtfertigen, indem sie erklären, die grossen Erfolge seien nur künstlich. Von vielen hört man die Antwort: Wir waren gegen die Devalvation, aber wir haben uns überzeugen lassen, dass sie uns stark geholfen hat. Die einen messen ihr etwas mehr Bedeutung zu, die andern etwas weniger.

Als feststehend darf man ferner betrachten, dass die Devalvation allein diese Resultate nicht hervorgebracht hätte. Eine entsprechende staatliche Politik musste dazu kommen.

Waren diese Massnahmen des Staates entscheidend oder waren sie sekundär? Das lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Zu beachten ist, dass der wichtigste Teil der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Arbeitsbeschaffung, sich erst dieses Jahr voll auswirken wird. Dagegen hat die neue Regierung und das Verschwinden einer starken Opposition sicher eine grosse stimmungsmässige Wirkung gehabt im Sinne einer Wiederkehr des Vertrauens. Das Volk bekam das Gefühl, dass wirklich regiert wird, und zwar nach einem Programm, das etwas taugt. Diese Einstellung wurde unterstützt durch eine Reihe von Massnahmen, wie zum Beispiel die Verbesserung sozialer Leistungen und einzelne Steuererleichterungen, wenn sie auch nicht in grossem Ausmass erfolgten.

Wie weiter?

Das Werk des Wiederaufbaus ist, wie schon aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, noch lange nicht beendigt. Der schwierigere Teil der Aufgabe wird sogar jetzt erst an die Reihe kommen. Die Wechselkurssenkung und die Umstellung der Wirtschaftspolitik haben die Wirtschaft wieder in vermehrtem Masse in Gang gebracht. Allein damit sind die Strukturveränderungen, die an der Krise mitschuldig waren, noch nicht aufeinander abgestimmt. Auch sind in letzter Zeit wieder Hemmungen entstanden infolge der internationalen politischen Spannungen. Die Rheinlandbesetzung hat wie ein Reif im Frühling auf die belgische Wirtschaft gewirkt.

In erster Linie wird die Ausführung der Arbeitsbeschaffungspläne des Instituts für Wiederaufbau (Orec) in den nächsten Monaten zu vermehrter Auswirkung gelangen. Unter Leitung des Ministers für öffentliche Arbeiten, Hendrik de Man, sind umfassende Projekte aufgestellt worden, die für die Jahre 1936/38 einen Kreditaufwand von 3,5 Milliarden belgische Franken, also 350 Millionen Schweizer Franken, vorsehen. Diese bedeutenden Aufwendungen belasten jedoch das Staatsbudget nicht, da diese Mittel aus dem Aufwertungsgewinn auf dem Goldbestand, den die Nationalbank bei der Abwertung erzielt hat, gedeckt werden.

Wie die belgische Politik weiter geht, hängt allerdings vorerst vom Ausgang der Parlamentswahlen ab, die am 24. Mai stattfinden. Es ist aber kaum anzunehmen, dass eine Kursänderung erfolgt. Bezeichnend ist die Tatsache, dass jede der grossen Parteien die Erfolge der Regierungspolitik für sich in Anspruch nehmen will, womit sie sich auch für die Zukunft auf diesem Kurs einigermassen festlegt. Auch wenn gewisse Verschiebungen in der Zusammensetzung der Kammer eintreten, so kann angenommen werden, dass unter keinen Umständen mehr eine Mehrheit zustande käme für eine Regierung, die wiederum zum Deflationskurs zurückkehren wollte. Der Kampf geht vor allem darum, ob das Wiederaufbauwerk mehr im Sinne der weitergehenden Pläne der

Arbeiterpartei ausgebaut wird, oder ob der bisherige Einfluss der katholischen Richtung und der zurückhaltenden Kräfte der Liberalen bestehen bleibt. Die belgische Arbeiterpartei zieht zuversichtlich in den Wahlkampf, kann sie doch darauf hinweisen, dass dank ihrer äusserst scharfen Opposition, die sie vor mehr als einem Jahr gegen die Deflationskabinette geführt hat, endlich eine andere Wirtschaftspolitik zustande kam, die unter ihrem massgebenden Einfluss sehr bedeutende Erfolge aufzuweisen hat.

Die Tragödie des deutschen Arbeitsrechtes.

Von Hans Gerhardt.

Das Arbeitsrecht war das Prunkstück der Weimarer Republik: Koalitionsfreiheit, Tarifverträge, Betriebsräte, staatliche Arbeitsvermittlung, staatliche Arbeitslosenversicherung, Kündigungsschutz und Schlichtungswesen. Hatten die deutschen Gewerkschaften nicht allen Anlass, auf dieses Gesetzgebungswerk stolz zu sein, das für Jahrzehnte fest errichtet schien?

Acht Wochen genügten, und die Koalitionsfreiheit war aufgehoben, die Tarifverträge beseitigt, das Betriebsrätewesen abgeschafft, und die Gewerkschaften selbst lagen zertrümmert am Boden.

Die Welt hielt den Atem an; ein Wunder schien die deutsche Arbeiterbewegung, die einstmals der Stolz, die Vorhut des internationalen Proletariats gewesen war, zerschmettert zu haben, und mit der Arbeiterbewegung war durch das gleiche Wunder ihr Paradestück, das deutsche Sozialrecht, weggefegt. Ein Wunder? So muss es jedem erscheinen, der sich nicht der Mühe unterzieht, diesen geschichtlichen Vorgang zu begreifen. Denn an « Wunder » glauben nur die, die sich nicht die Kraft zutrauen, Ereignisse zu verstehen und zu erklären.

Wollen wir uns allerdings der Aufgabe widmen, diesen einzigartigen Vorgang zu deuten, so müssen wir weit ausholen.

Das deutsche Arbeitsrecht ist aus der Freiheitssehnsucht der deutschen Arbeiterschaft entstanden. Es ist der Niederschlag ihres Protestes gegen die Abhängigkeit, in die die liberal-kapitalistische Wirtschaft den Arbeiter im Betrieb gepresst hatte. Im unermüdlich zähen Kleinkrieg gelang es der deutschen Arbeiterschaft der Vorkriegszeit, eine Auflockerung dieser betrieblichen Abhängigkeit durch Tarifverträge, Arbeiterausschüsse, paritätische Arbeitsnachweise zu erzielen. Für die Beurteilung dieser Erfolge ist jedoch von massgeblicher Bedeutung, dass sie sämtliche mit rein gewerkschaftlichen Mitteln erkämpft und gesichert waren. Das kaiserliche Deutschland nahm offiziell von all diesen Vorgängen